

## ARCHIVALISCHE QUELLEN IN DER SCHULE

### Partizipation, Protest und Demokratie 1848/49

Im kollektiven Gedächtnis der deutschen Geschichte sind die Jahre 1848 und 1849 meist verbunden mit bestimmten Assoziationen: Bilder von der Nationalversammlung in der Paulskirche, von einer ersten gesamtdeutschen Verfassung mit gesicherten Grundrechten, vom „Professorenparlament“ und von der „gescheiterten Revolution“ – insbesondere in Frankfurt, dem Schauplatz des Großteils dieser Ereignisse.

Im Gegensatz dazu betont die Geschichtswissenschaft schon seit einiger Zeit den umfassenden Einfluss, den die Revolution auf die Demokratisierung der Gesamtgesellschaft hatte. Insbesondere Frankfurt war schließlich nicht nur Schauplatz der Nationalversammlung, sondern Gründungsort zahlreicher Vereine und Zeitungen, Hauptumschlagplatz für Karikaturen sowie Veranstaltungsort für Kongresse der Handwerker, Gesellen oder Demokraten – Bühne also erster Versuche eine Interessenvertretung über die traditionellen Zünfte und Innungen hinaus zu etablieren. Damit war Frankfurt zentraler Ort für anhaltende demokratische Prozesse und Partizipationsbemühungen, die zum Teil wesentlich nachhaltigere Auswirkungen für das politische Bewusstsein der Gesamtbevölkerung hatten als einzelne Beschlüsse der Nationalversammlung.

#### AUF EINEN BLICK

**Zielgruppe:** Gymnasiale Oberstufe (für Mittelstufe adaptierbar)

**Einordnung Kerncurriculum:** Q1.1 – Die deutsche Revolution von 1848/49 (Mittelstufe: Aufklärung und Streben nach Freiheit)

**Leitfrage:** Inwieweit waren die neuen Protest- und Partizipationsformen 1848/49 Ausdruck einer zunehmenden Demokratisierung der Gesellschaft?

**Quellenmaterial:** Zeitungsartikel, Vereinssatzungen, Karikaturen, Petitionen

**Methoden:** Gruppenpuzzle

**Lernziel:** Reflexion der Chancen und Risiken demokratischer Partizipations- und Protestformen sowie Revision des Narrativs der „bürgerlichen Revolution“

**Zeitaufwand:** mind. 90 Minuten

Der vorliegende Entwurf möchte in diesem Sinne im Rahmen eines Gruppenpuzzles die Vielfalt der Partizipations- und Protestformen beleuchten, die mit der Einführung der Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit möglich geworden waren. Sie zeigen das Bild einer Gesellschaft, die auf vielen verschiedenen Ebenen dazu angeregt worden war, ihre Interessen auszudrücken und zu vertreten – und sind so auch Ausdruck einer Revolution, die von weit mehr als bürgerlichen Interessen getragen wurde.

In einer Zeit, in der sich gesellschaftlicher Rechtsruck und zunehmende Politisierung der Schüler\*innengeneration gegenüberstellen, kann dieses Thema dazu beitragen, zu reflektieren, wie eine effektive Partizipation an unserer Gesellschaft und nachhaltige Veränderungen möglich sind, welche Formen diese Partizipation annehmen und wie mit der Veränderung solcher Ausdrucksformen umgegangen werden kann.

## Quellenmaterial

### *Allgemein:*

- I. „Preßgesetz“, in: Amts-Blatt der freien Stadt Frankfurt Nr. 30 (09.03.1848), S. 153 [ISG Zs 605].
- II. „Amtliche Bekanntmachungen“, in: Amts-Blatt der freien Stadt Frankfurt Nr. 38 (28.03.1848), S. 179 [ISG Zs 605]. → Beschluss für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit

### *Für das Gruppenpuzzle:*

#### Karikaturen

- I. „Parlaments-Caricaturen“, in: Der Freistädter. Uncensiertes Local-Blatt für Frankfurter Angelegenheiten Nr. 19 (12.08.1848), S. 103-104 [ISG Zs 480].
- II. „Allzu viel ist ungesund“, in: Der Freistädter. Uncensiertes Local-Blatt für Frankfurter Angelegenheiten Nr. 21 (29.08.1848), S. 112 [ISG Zs 480].
- III. W.: „Der Satyr“, in: Didaskalia. Blätter für Geist, Gemüth und Publizität Nr. 41 (16.02.1849) [ISG Zs 655].
- IV. Wilhelm Völker: „Parlament der Zukunft“, in: Der Satyr. Lose Blätter aus dem deutschen Reiche Nr. 5 (1848), Beilage [ISG Zs 1780].

#### Presse

- I. Wilhelm G.: „Preßfreiheit“, in: Didaskalia. Blätter für Geist, Gemüth und Publizität Nr. 75 (15.03.1848) [ISG Zs 655].

- II. „Zur Verständigung über den Mißbrauch der freien Presse“, in: Didaskalia. Blätter für Geist, Gemüth und Publizität Nr. 192 (13.07.1848) [ISG Zs 655].
- III. „Gewalt und Nothwehr“, in: Frankfurter Journal Nr. 75 (15.03.1848) [ISG Zsf 369].
- IV. „Frankfurt, 8. April“, in: Frankfurter Journal Nr. 104, 1. Beilage (13.04.1848) [ISG Zsf 369].

#### Petitionen

- I. „Petition des Arbeiter-Vereins, zur Freisprechung der sogenannten politischen Verbrecher in ganz Deutschland“, in: Allgemeine Arbeiter-Zeitung. Organ für die politischen und sozialen Interessen des arbeitenden Volkes, zugleich Zeitung des Arbeiter-Vereins zu Frankfurt a.M. Nr. 2 (20.05.1848), S. 15 [ISG Eht 78].
- II. „Adresse der Bewohner sämtlicher Frankfurter Dorfschaften“, in: Didaskalia. Blätter für Geist, Gemüth und Publizität Nr. 86 (26.03.1848) [ISG Zs 655].
- III. „Frankfurt, 3. Mai“, in: Frankfurter Journal Nr. 124 (04.05.1848) [ISG Zsf 369].

#### Vereine

- I. „Das Vereinswesen“, in: Der Freistädter. Uncensiertes Local-Blatt für Frankfurter Angelegenheiten Nr. 9 (23.05.1848), S. 54 [ISG Zs 480].
- II. „Ansprache an die Bewohner Bockenheims“, in: Bürger-Blatt für Bockenheim und Umgebung Nr. 97 (02.05.1849), S. 386-387 [ISG Zs 435].
- III. „Frankfurt, 4. Mai“, in: Frankfurter Journal Nr. 126 (06.05.1848) [ISG Zsf 369].
- IV. „Korrespondenz“, in: Didaskalia. Blätter für Geist, Gemüth und Publizität Nr. 289 (30.10.1848) [ISG Zs 655].
- V. „Statuten des Arbeiter-Vereins“, in: Allgemeine Arbeiter-Zeitung. Organ für die politischen und sozialen Interessen des arbeitenden Volkes, zugleich Zeitung des Arbeiter-Vereins zu Frankfurt a.M. Nr. 1 (18.05.1848), S. 7-8 [ISG Eht 78].

#### Interessenvertretung

- I. „Frankfurt, 18. Juli – Verhandlungen des deutschen Gewerbe-Congresses zu Frankfurt“, in: Frankfurter Journal Nr. 198, 2. Beilage (19.07.1848) [ISG Zsf 369].
- II. „Frankfurt, 26. Juli – Verhandlungen des deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congresses“, in: Frankfurter Journal Nr. 207, 2. Beilage (28.07.1848) [ISG Zsf 369].
- III. „Frankfurt, 30. Juli – Siebente Sitzung des Gesellen-Congresses am 26. Juli“, in: Frankfurter Journal Nr. 210, 2. Beilage (31.07.1848) [ISG Zsf 369].

- IV. „Erklärung der Bäckergesellen an die löbliche Bürgerschaft der freien Stadt Frankfurt“, in: Frankfurter Journal Nr. 141, 2. Beilage (21.05.1848) [ISG Zsf 369].
- V. „Erklärung der hiesigen Bäckermeister an ihre Mitbürger“, in: Frankfurter Journal Nr. 145, 2. Beilage (25.05.1848) [ISG Zsf 369].
- VI. „Aufforderung an sämtliche Schneidermeister Deutschland's zu einem am 20. Juli a.c. in Frankfurt a. M. abzuhaltenden Congreß“, in: Frankfurter Journal Nr. 191, 2. Beilage (12.07.1848) [ISG Zsf 369].

## Historischer Hintergrund

„Die klassische liberale Geschichtsschreibung brachte die Revolution von 1848/49 auf eine klare Formel: Kampf des Bürgertums für Einheit und Freiheit. Dem entsprach es, dass sich die Aufmerksamkeit vor allem auf das Geschehen der Paulskirche richtete. Seit einigen Jahrzehnten hat sich das Bild der Revolution jedoch in wesentlichen Zügen geändert. In dem Maß, in dem die räumliche und soziale Vielfalt von 1848/49 in den Blick genommen wurde, verlor die Revolution ihre eindeutigen Konturen. Eine Vielzahl von Revolutionszielen und Protestformen ist zutage gefördert worden; neben die Revolution der Bürger treten die Revolutionen der Bauern und der städtischen Unterschichten“ (Speck, in: Damals Spezial 1848/49, 1998: 45).

Eben diese Vielfalt der Revolution, die Ulrich Speck bereits 1998 in seinem Artikel „Das Reden nimmt kein End“ betont, verdeutlichen auch die Quellen, die diesem Entwurf zugrunde liegen. Tatsächlich war Frankfurt 1848/49 eben nicht nur Ort der ersten deutschen Nationalversammlung, sondern gleichzeitig Gründungsort zahlreicher neuer Zeitungen und Vereine, Hauptumschlagplatz für zahllose Karikaturen und Schauplatz für Kongresse und erste Versuche der Interessenvertretung von Handwerkern, Gesellen, Arbeitern und Demokraten zugleich. Und so waren es eben nicht nur bürgerliche und gebildete Stadtbewohner\*innen, die mit der Revolution die Zeit gekommen sahen, sich für ihre Interessen einzusetzen, sondern Personen aller Schichten, die sich auf den Straßen, Plätzen, Barrikaden und vor den Zeitungs- und Karikaturständen wiederfanden (Siemann, in: Praxis Geschichte 1998: 5).

Zum ersten Mal wurde hier die Öffentlichkeit zum Hauptschauplatz politischer Bemühungen, an der immer breitere Schichten teilhaben konnten. Olaf Reisinger spricht hier sogar von einer „Fundamentalpolitisierung“ aller gesellschaftlichen Schichten durch das Eindringen von Politik in ‚Volkskultur‘ und Alltag“ (Reisinger 1998: 8). Auch wenn selbst um das Jahr 1840 große Teile der Bevölkerung nicht in der Lage waren zu lesen und zu schreiben, machten die neuen Partizipations- und Protestformen, die sich im Rahmen der Einführung der Presse-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit herausbildeten, auch vor dieser Schwelle nicht halt. Unter dieser Voraussetzung nahmen lediglich die mündliche Verbreitung der Neuigkeiten, das weit verbreitete Vorlesen von Zeitungsartikeln und die Nutzung visueller Medien, wie Karikaturen, eine besondere Stellung ein (Würfel, in: Praxis Geschichte 1998: 18).

Wie Gunter Wollstein in einem Artikel für die Bundeszentrale für Politische Bildung bemerkt, war „[d]er Wandel von Untertanen zu Staatsbürgern eines Verfassungsstaates mit Parlamenten, Parteien und Interessenvertretungen [...] wie das Aufblühen einer politischen Öffentlichkeit gleichzeitig

Ziel und Voraussetzung für die Arbeit des Paulskirchenparlaments. Dies erforderte einen gewaltigen Modernisierungsschub, denn ungeachtet aller Politisierung, die sich im Vormärz vollzogen hatte, lebten die Menschen auch nach der Märzrevolution noch weitgehend in ihren privaten Milieus, die durch – zweifellos morsch gewordene – ständische Schranken und durch christliche Konfessionen geprägt waren“ (Wollstein 2010: bpb online).

Ausschlaggebend für diese Modernisierung war die Abschaffung der Zensur im Rahmen der revolutionären Bemühungen. Zuvor hatten die Karlsbader Beschlüsse eine Zensur aller Druckwerke, die mehr als 20 Bögen (also 320 Seiten) lang waren vorgesehen. Alle Bundesstaaten waren verpflichtet, die Tagespresse zu beaufsichtigen, zur Publikation waren „Konzessionen“ nötig und bei Vergehen gegen diese Vorgaben drohte bis zu fünf Jahren Berufsverbot. Weiterhin waren in der Zeit des Vormärz sogar unpolitische Vereine vom Staat zu genehmigen, während politische Vereine als „Staat im Staat“ vollkommen unerwünscht und ab 1832 im Rahmen eines Parteienverbotes untersagt waren.

Dies änderte sich nach und nach während der ersten Revolutionstage im März 1848. Am 3. März erließ der Bund eine Verfügung, nach der es den Staaten frei stehen sollte, die Zensur aufzuheben und die entsprechende Pressefreiheit zu verkünden. Frankfurt kam dem bereits einen Tag später mit dem Frankfurter Preßgesetz (siehe Quellensammlung) nach. Gefolgt wurde die Pressefreiheit dann am 27. März 1848 von der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit durch die Frankfurter Gesetzgebende Versammlung (siehe Quellensammlung).

In der folgenden Zeit begann mit diesen gesetzlichen Neuerungen nicht nur die Wahl eines Parlamentes, sondern auch eine fundamentale Bevölkerungsmobilisierung, die das allgemeine Interesse an gesellschaftlichen Veränderungen aufzeigte. „An den politischen Brennpunkten und insbesondere in Frankfurt trafen Abordnungen und interessierte Bürger ein, informierten sich, demonstrierten und bildeten Lobbys“ (Wollstein 2010: bpb online). Aus den ersten Vereinen wurden nach und nach Parteien und gewerkschaftsähnliche Institutionen, es gab Volksversammlungen und Kongresse verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, Petitionen, Presseartikel, aber auch Tumulte, Aufstände und Exzesse – eine Vielzahl von politischen Forderungen wurden mit einer Vielzahl von Methoden und unterschiedlichen Protestkulturen ausgedrückt. Mangelnde Einigkeit war in dieser erstmaligen Ausdifferenzierung individueller Interessen verschiedener Gruppen in der direkten Konfrontation mit anderen Gruppen schließlich unausweichlich.

Als Ort der Paulskirche war Frankfurt Magnet für die Presse und zog zahlreiche Neugründungen und Umsiedlungen im Rahmen der bedeutenden

politischen Ereignisse an. Schnell wurde die Presse zum Sprachrohr öffentlicher Meinungsbildung und Auseinandersetzung, aber mit der Entstehung der modernen Partei- und Tendenzpresse auch zunehmend zum gesellschaftlichen Machtfaktor. Wie Karl Grobe in einem Artikel der Sonderausgabe der Frankfurter Rundschau zu 1848/49 feststellt, war die freie Presse „das Mittel der 48er, sich zu finden und sich miteinander zu verständigen, Katalysator eines ersten – nachhaltigen – Ansatzes zur Zivilgesellschaft“ (Grobe 1998: 34). Die zahlreichen Zeitungen wurden dabei nicht nur von Einzelpersonen gelesen, sondern man konnte sich ihrer auch in Lesegesellschaften, Salons und politischen Vereinen bedienen, wo die Artikel auch für Personen vorgelesen wurden, die selbst nicht lesen konnten.

Zum ersten Mal fand man nun auch Karikaturen als Ausdrucksmittel für die Masse der Bevölkerung. Dank zunehmend günstigeren Reproduktions- und Distributionstechniken sowie dem wachsenden politischen Bewusstsein und Interesse der Bevölkerung erfreuten sie sich großer Beliebtheit und waren als Sammelobjekte und Flugblätter überall erhältlich. Wie kein anderes Medium spiegelten sie das unmittelbare Tagesgeschehen wider und befriedigten das Bildbedürfnis der Bevölkerung, da man sich in einer Zeit ohne Fotos etc. kaum ein Bild von den bekannten Protagonisten der Revolution machen konnte. Diese Art der visuellen Darstellung, die meist als direkte Antwort auf den Parlamentsalltag entstand, bediente sich einfacher und wiedererkennbarer Symboliken, die aus heutiger Sicht oft nicht mehr nachvollziehbar sind. Sie dienten der kritischen Stellungnahme und oft dem Spott auf alle politischen und gesellschaftlichen Geschehnisse und trafen alle gesellschaftlichen Schichten – so wie sie potentiell aufgrund ihres visuellen Charakters auch von allen Gesellschaftsschichten rezipiert werden konnten. Sowohl Karikaturen als auch die sich immer mehr ausweitende Presselandschaft waren somit Teil einer „Kommunikationsrevolution“, die den Umgang mit Politik für breite Schichten der Bevölkerung alltäglich machte (Siemann, in: Praxis Geschichte 1998: 7).

Auch die Institutionalisierung politischer Beteiligung nahm immer mehr zu. Rund 25.000 bis 30.000 Petitionen mit insgesamt 2,5 bis 3 Millionen Unterschriften erreichten die Nationalversammlung innerhalb eines Jahres (Speck, in: Damals Spezial 1848/49, 1998: 45) und immer mehr Personen organisierten sich in den unzähligen neu gegründeten Vereinen und auf großen Kongressen, aus denen im Laufe der Zeit sowohl politische Parteien als auch Gewerkschaften hervorgehen sollten. Diese zogen ganz unterschiedliche Teile der Bevölkerung an. So gründete sich beispielsweise bereits am 14. Mai 1848 der Frankfurter Arbeiterverein mit fast 1.700 Beitritten in der ersten Woche (siehe Allgemeine Arbeiterzeitung 1848), um auch für die Klasse der Arbeiter Gerechtigkeit zu verlangen. Andere Gruppen organisierten sich auf dem Handwerker- und Gewerkekongress im Juli 1848 im Protest gegen Industrie, Gewerbefreiheit und Marktwirtschaft, auf dem Gesellenkongress im gleichen Monat, um mehr Rechte der Gesellen

gegenüber ihren Meistern zu verlangen oder dem ersten Demokratenkongress im Juni 1848, zu dem 200 Delegierte von fast 90 demokratischen Vereinen aus ganz Deutschland in Frankfurt eintrafen, um die Gründung einer gesamtdeutschen Partei in Angriff zu nehmen.

All diese Gruppen hatten verschiedene Vorstellungen davon, was Einheit und Gleichheit für sie bedeutete und beispielsweise im Konflikt zwischen Meistern und Gesellen trafen diese zum ersten Mal aktiv aufeinander und verlangten nach einem neuen Umgang mit Konflikten dieser Art. So war das Revolutionsjahr mit all seinen Neuerungen in der Kommunikation und Partizipation ein Lernprozess für alle Beteiligten. „Wo es um konkrete politische Programme, um Wahlen von Abgeordneten und die Bildung politischer Vereine ging, zerbrach diese Einheitsfront im Pluralismus der modernen Gesellschaft. Erlebte Demokratie, wie es sie erstmals 1848 in Deutschland gab, bedeutete zugleich offene Gesellschaft und Konkurrenz der Konzepte und Ziele“ (Siemann, in: Damals Spezial 1848/49, 1998: 18). Noch nie war auf die gleiche Art und Weise eine Auseinandersetzung zwischen allen Gesellschaftsschichten möglich gewesen und Vertreter von konservativen, revolutionären und reformpolitischen Zielvorstellungen trafen unmittelbar aufeinander. In diesem offenen, gesamtgesellschaftlichen Konflikt wurden eine Reihe von Problemstellungen, wie beispielsweise die Lohnabhängigkeit der Arbeiter, zum ersten Mal sichtbar und Selbstbestimmung durch eigene Organisationen denkbar (Siemann, in: Praxis Geschichte 1998: 6).

Mit den Frankfurter Septemberunruhen 1848 bewegte sich diese erste Ära des freien Meinungs Austausches und der politischen Partizipation jedoch einem vorläufigen Ende entgegen und die Reaktion begann zunehmend an Boden zu gewinnen. Bereits ab 1849 gab es neue Zensurbestimmungen und schon zuvor Beschlagnahmungen aufgrund von angeblicher Majestätsbeleidigung oder Verunglimpfung. Das Ende der Revolution war damit auch eine vermeintliche Niederlage der Pressefreiheit. Tatsächlich aber konnte die Zensur ab diesem Punkt nie wieder auf dieselbe Art und Weise an Boden gewinnen. Große Teile der Bevölkerung waren sich nicht nur ihrer Stimme, sondern auch ihrer potentiellen Macht bewusst geworden und hatten Wege gefunden, diese Stimme hörbar zu machen. Diese Stimme sollte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts immer mehr an Lautstärke zunehmen.

## Didaktische Überlegungen

Der vorliegende Entwurf orientiert sich an der Leitfrage, inwieweit die neuen Protest- und Partizipationsformen, die mit der Einführung der Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit zugänglich geworden waren, zu einer Demokratisierung der Gesellschaft beigetragen haben. Die gewählten Quellen stellen nicht nur Beispiele für fünf dieser Partizipations- und Protestformen dar, sondern kommentieren diese zum Teil auch aus einer zeitgenössischen Perspektive und stellen deren Vorteile und Probleme als neue Ausdrucksformen breiter Bevölkerungsschichten dar. Auf diese Weise kann das demokratisierende Potential verschiedener Ausdrucksformen genauso diskutiert werden wie vorherrschende Geschichtsbilder der 1848er Revolution als „bürgerliche“ sowie „gescheiterte“ Revolution. Die Geschichte der Revolution wird hier klar getrennt von der Geschichte der Paulskirche und der Nationalversammlung, die das Narrativ der Jahre 1848/49 insbesondere in Frankfurt häufig bestimmt.

In Form eines Gruppenpuzzles werden die jeweiligen Ausdrucksformen auf ihre Wirkung, Reichweite, Adressat\*innen sowie Vor- und Nachteile untersucht, um diese im Anschluss auf ihren demokratischen Charakter hin zu vergleichen. Die Quellen sind dabei bewusst so ausgesucht, dass sie die Breite der Beteiligung der Bevölkerung an den Demokratisierungsbemühungen sowie deren verschiedene und zum Teil widersprüchliche Ziele widerspiegeln. Insbesondere in Frankfurt befanden sich schließlich nicht nur Paulskirche und Nationalversammlung, sondern auch zahlreiche Zeitungsverlage und Druckereien, Vereinsräume sowie Raum für Kongresse und Versammlungen. Auch wenn viele Personen weiterhin von diesen Partizipationsmöglichkeiten ausgeschlossen blieben, zeigt sich so doch eine größere Beteiligung der Gesamtbevölkerung als in Schulbüchern und anderen populären Geschichtsmedien häufig vermittelt wird.

Betrachtet man diese Zeugnisse, wird schnell klar, dass auch die These von der „gescheiterten Revolution“, die in Schulbüchern gern diskutiert wird, mit Blick auf die Reichweite, die die Revolution auf die gesamte Bevölkerung hatte sowie auf die Ausdrucksmöglichkeiten, die ab diesem Zeitpunkt nie wieder auf die gleiche Weise wie vorher unterdrückt werden konnten, auf eine Art und Weise beantwortet werden kann, die nicht eindeutig dem dominanten Narrativ entspricht.

Schließlich bietet das Thema auch eine ganze Reihe von möglichen Gegenwarts- und Lebensweltbezügen an. In einer Zeit, in der sich gesellschaftlicher Rechtsruck und zunehmende Politisierung der Schüler\*innengeneration gegenüberstehen, sind Fragen von Demokratie und Partizipation in aller Munde. Im Angesicht von Protesten insbesondere junger Menschen gegen die EU-Urheberrechtsreform oder den Umgang von Politik und Wirtschaft mit der Bedrohung des Klimawandels stellt sich

insbesondere für Schüler\*innen, aber auch zunehmend für Politik und Gesamtgesellschaft die Frage, wie effektive Partizipation an unserer Gesellschaft aussehen und nachhaltige Veränderungen möglich werden können, welche Formen diese Partizipation annehmen und wie bei diesem Thema zwischen den Generationen vermittelt werden kann. Von der Analyse der 1848er-Protestformen und deren Wirkung in einer Zeit, in der deren Macht erst ausgelotet werden musste, ist der Bogen zu heutigen Formen des Protests in einer digitalen Zeit, die ebenso eine ganze Reihe von neuen Herausforderungen mit sich bringt, also leicht zu spannen.

Auf diese Weise verbindet die vorliegende Einheit nicht nur die geschichtswissenschaftlichen Dimensionen von Herrschaft und politischer Partizipation mit gesamtgesellschaftlichen Fragen, sondern trägt gleichzeitig zur Reflektion einer zunehmend mediatisierten und digitalen Welt bei. Weiterhin wird durch die methodischen Vorschläge eine möglichst breite Aktivierung der Lerngruppe angestrebt, die trotzdem innerhalb der Gruppenarbeit, aber auch durch die Auswahl der Quellen – die jederzeit entsprechend der Lerngruppe reduziert werden können – eine Binnendifferenzierung möglich macht. Schließlich wird eine breite Auswahl von sowohl fachlichen als auch überfachlichen Kompetenzen gefördert, die sich in besonderer Weise auf kooperatives Arbeiten sowie Analyse- und Urteilskompetenzen konzentrieren.

Um auf die Gruppenarbeit vorzubereiten ist neben dem vorgeschlagenen Einstieg außerdem ein kurzer Input oder die gemeinsame Erarbeitung eines gemeinsamen Verständnisses von Demokratie bzw. Demokratisierung empfohlen, der für die folgenden Aufgaben als Grundlage verwendet werden kann. Für diesen Input sind dem Quellenpaket die Frankfurter Versionen des Pressegesetzes und der Verfügung zu Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit von 1848 beigelegt, die an dieser Stelle als Illustration dienen können.

## Aufgabenstellungen und Lernziele

### **EINSTIEG (I-III)**

Nennen Sie heutige Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen oder Protest gegen gesellschaftliche Probleme auszudrücken.

Welche dieser Möglichkeiten haben Sie selbst schon einmal wahrgenommen? Bei welchen könnten Sie sich vorstellen, sie wahrzunehmen? Bewerten Sie deren Erfolgsaussichten.

*Die Schüler\*innen sind in der Lage ihre eigenen Vorstellungen darzustellen und zu reflektieren.*

*Dieser Einstieg ermöglicht es, direkt zu Beginn alle Schüler\*innen zu aktivieren und auf die Relevanz des kommenden Themas für das eigene Leben hinzuweisen. Für die Durchführung gibt es verschiedene Möglichkeiten. Möglich sind beispielsweise das gemeinsame Sammeln in Form einer Mindmap an der Tafel oder eine Kugellager-Einheit, die die oben angeführten Fragen in Paarkonstellationen mit wechselnden Partner\*innen diskutieren lässt. Letzteres ist zwar zeitaufwendig, führt aber zu einer durchgängigen Aktivierung der gesamten Lerngruppe und macht es möglich die Fragen noch weiter zu präzisieren.*

### **GRUPPENPUZZLE (I-III)**

Im Zuge der Revolution 1848 wurden zum ersten Mal grundlegende Möglichkeiten zur politischen Partizipation und zum Ausdruck gesellschaftlichen Protests für große Teile der Bevölkerung legal möglich. Im Zuge der Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit konnten Meinungen in der Öffentlichkeit frei geäußert sowie Vereine, Versammlungen und Petitionen genutzt werden, um die Interessen von größeren Gruppen auszuformulieren.

Im Folgenden werden Sie sich mit einigen wichtigen Formen der Partizipation und des Protestes auseinandersetzen, die zur damaligen Zeit eine neue Bedeutung erhielten.

Werten Sie hierzu mithilfe des vorliegenden Arbeitsblatts zunächst die Ihrer Gruppe vorliegende Form der Meinungsäußerung aus. Achten Sie hierbei anhand der Fragen auf dem Arbeitsblatt insbesondere darauf, wie diese jeweiligen Quellengattungen ihre Wirkung entfaltet haben und inwieweit sie als Ausdruck der Meinung von großen Gruppen oder sogar der Gesamtgesellschaft gesehen werden können. Zum Teil helfen Ihnen dabei die Inhalte der Quellen selbst.

Im zweiten Schritt teilen Sie Ihre Ergebnisse mit einer neuen Gruppe, die Repräsentant\*innen aller Gruppen enthält und vervollständigen die Tabelle gemeinsam.

Verfassen Sie in ihrer zweiten Gruppe abschließend eine These zu der Frage, welchen Beitrag die vorliegenden Partizipationsformen zur Demokratisierung der Gesellschaft beigetragen haben, die Sie im Folgenden im Plenum vorstellen.

*Das Gruppenpuzzle fördert eine ganze Reihe von Kompetenzen, da die Schüler\*innen in Gruppen in der Lage sein müssen, sachgerechte Hypothesen auf Grundlage der Quellen zu formulieren (Wahrnehmungskompetenz), die Quellen zu erschließen und auf ihre Perspektivität und Wirkungsabsicht zu analysieren (Analysekompetenz), aber auch die Motive und Interessen der damaligen Bevölkerung vor ihrem zeitgenössischen Hintergrund zu beurteilen (Urteilskompetenz).*

*Bei der Durchführung ist darauf zu achten, dass allen Schüler\*innen von Beginn an bewusst sein muss, dass jede Person nötig ist, um am Ende das Ergebnis zu sichern. Die am Ende vorgestellten Thesen sollten im Plenum diskutiert werden und dienen gleichzeitig zur Überprüfung des Textverständnisses ohne nochmal alle Ergebnisse im Plenum wiederholen zu müssen.*

### DISKUSSION (III)

Traditionell wird die Revolution 1848/49 als gescheitert angesehen. Nehmen Sie anhand der im Gruppenpuzzle gesammelten Informationen Stellung zu dieser These.

Beachten Sie dabei beispielsweise die folgenden Fragen:

- Hat sich der Protest gelohnt?
- Was hat die Revolution konkret bewirkt?
- Inwieweit waren die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ein Problem für den „Erfolg“ der Revolution?

*Die Schüler\*innen sind in der Lage historische Entwicklungen aus der heutigen Perspektive zu beurteilen und in die Geschichte einzuordnen. Sie verstehen anhand dieser Aufgabe auch, dass demokratische Verhältnisse kein selbstverständliches Geschenk sind, sondern durch intensive Aushandlungsprozesse und kontinuierliche Veränderungen und Kämpfe möglich gemacht werden, die auf Partizipation beruhen.*

*Für eine fundierte Diskussion dieser Fragen wird empfohlen dem Prinzip Think-Pair-Share zu folgen.*

### **PARTIZIPATION IN DER GEGENWART (II-III)**

Vergleichen Sie damalige Beteiligungs- und Protestformen mit heutigen Möglichkeiten. Wo sehen Sie Veränderungen? Bewerten Sie diese als positiv oder negativ?

Diskutieren Sie, inwieweit das Internet heute zur Demokratisierung beiträgt.

Wie könnten zukünftige Partizipationsformen im Zuge der wachsenden Veränderung der Medienlandschaft aussehen? Entwickeln Sie konkrete Beispiele!

*Die Schüler\*innen sind in der Lage gegenwärtige und historische Phänomene zu vergleichen und ihre Ergebnisse in Bezug auf die Vergleichskriterien zu beurteilen. Darüber transferieren Sie ihre Ideen und Argumente in eigenständige Ideen für die Zukunft.*

*Die hier genannten Aufgabenstellungen können in ihrer Gesamtheit oder in Auswahl diskutiert werden. Dies ist im Plenum oder nach dem Think-Pair-Share-Prinzip möglich oder, je nach gewünschtem Zeitaufwand, in einer kreativeren Form. Vorstellbar wären hier beispielsweise die Methoden Placemat, Graffiti oder Brainwriting.*

## Weiterführende Literatur & Links

- Dähne, Eberhard & Margret Steen: „Die Freiheit und der Äppelwein sind heuer gut geraten.“ 1848 in Frankfurt, Frankfurt 1999 [ISG 2015/29].
- Praxis Geschichte: 1848/49 (März 2/1998) [ISG Zs 33 1998 H. 2].
- Reisinger, Olaf: Frankfurt 1848. Ein Stadtgang durch das Zentrum der ersten demokratischen Revolution in Deutschland, Wiesbaden 1998 [ISG 99/81].
- Wollstein, Günter: „Entstehung einer pluralistischen Öffentlichkeit“, 2010, <https://www.bpb.de/izpb/9885/entstehung-einer-pluralistischen-oeffentlichkeit?p=0> (zuletzt abgerufen: 06.09.2019).

## Auswahl weiterführender Dokumente im ISG

Demokratische Partizipations- und Protestformen lassen sich im Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main in vielerlei Formen untersuchen. Anhand von zahlreichen zeitgenössischen Zeitungen, Flugblättern, Karikaturen, Vereinsprogrammen etc. lassen sich sowohl Themen als auch Akteur\*innen der Revolution untersuchen und es kann ein Eindruck von der Allgegenwärtigkeit politischer Diskussionen in der damaligen Gesellschaft erlangt werden. In einem längsschnittorientierten Projekt lassen sich außerdem verschiedene Protestbewegungen und Zeiten des Umbruchs und der Demokratisierung wie die Novemberrevolution 1918 oder die 68er-Bewegung vergleichen und die Entwicklung partizipatorischer Möglichkeiten nachvollziehen.

## ARCHIVPÄDAGOGIK

INSTITUT FÜR STADTGESCHICHTE FRANKFURT AM MAIN

Julia Wiegand (geb. Wirth) M.A., Tel. 069 212 339 51, [julia.wiegand@stadt-frankfurt.de](mailto:julia.wiegand@stadt-frankfurt.de)  
Karmeliterkloster, Münzgasse 9, 60311 Frankfurt am Main

[www.stadtgeschichte-frankfurt.de](http://www.stadtgeschichte-frankfurt.de) | [facebook.com/isgfrankfurt](https://facebook.com/isgfrankfurt) | [twitter.com/isg\\_frankfurt](https://twitter.com/isg_frankfurt)

© Die vorliegenden Unterrichtsentwürfe und Quellenmaterialien sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen die Materialien downloaden und für Bildungszwecke, den Schulunterricht oder im Bereich der historisch-politischen Bildung vervielfältigen und verteilen. Das Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main als Urheber und die jeweiligen Rechteinhaber sind zu nennen. Eine kommerzielle Nutzung, eine Vervielfältigung der Unterrichtsmaterialien für Zwecke außerhalb der historisch-politischen Bildung, des Schulunterrichts oder anderer Bildungszwecke sowie eine Veränderung der Unterrichtsmaterialien sind untersagt.